

**Sitzung des Rates der Gemeinde Everswinkel
am 20.12.2016
Verabschiedung des Haushaltes für das Jahr 2017
Rede des Vorsitzenden der CDU-Fraktion
Dirk Folker**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren, (liebe Familie (Hallo Hanna, hallo Jan)),

es ist schon ärgerlich, wenn man als Kommunalpolitiker andauernd Steine in den Weg geworfen bekommt und es ist besonders ärgerlich wenn diese Steine immer von der SPD kommen. Dabei stammen die größten Steine gar nicht von den Kommunalpolitikern hier vor Ort.

Wie schön und einfach wäre es für uns als Gemeinde Everswinkel, wenn die SPD geführte Landesregierung einfach mal nur ihr Wort halten würde!? 10.000€ pro Flüchtling sollte jede Kommune bekommen. Die Verwaltung hat in den Zeiten höchster Not alles getan um jeden Flüchtling vernünftig unter zu bringen. Wir haben uns nicht verweigert und der Bezirksregierung nicht gesagt: Mehr geht nicht! Wir, und damit meine ich vor allem die Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung und viele ehrenamtliche Helfer haben vielmehr alles Menschenmögliche getan und wie sich im Nachhinein herausstellte, anscheinend zu viel! Denn wenn eine Kommune mehr Flüchtlinge aufgenommen hat als sie rechnerisch musste, ist das jetzt ihr Pech. Gemeinden, die laut Stopp! gerufen haben werden dadurch belohnt, dass sie zu viel erhaltene Zuweisungen pro Flüchtling nicht zurückzahlen müssen. Wir, die wir zu viel aufgenommen haben, erhalten allerdings keine Nachzahlung. Was ist das für ein System? Wie unverantwortlich handelt hier unsere Landesregierung. Vorbildlich ist das nicht!

Die Konsequenz für uns als Gemeinde: 837.000€ zu wenig Geld, das uns zusteht! Leider ist die Unfairness des Landes hier noch nicht zu Ende. Die Bundesregierung hat erkannt, dass die Kommunen die Integration der Flüchtlinge ohne finanzielle Hilfe alleine nicht schaffen und hat ein milliardenschweres Programm zur Integration aufgelegt. Unser Bundesland NRW scheint nun zu meinen, dass es für die Integration zuständig ist. Wie das die Bürokraten in Düsseldorf machen wollen, dass die Menschen hier vor Ort integriert werden, erschließt sich mir nicht. Die 233.000 € die der Gemeinde Everswinkel zustünden, behält das Land aber trotzdem!

Nun zu unserer SPD vor Ort. Im Sinne einer konstruktiven Zusammenarbeit, habe ich in den letzten beiden Jahren in meinen Haushaltsreden bewusst darauf verzichtet, die Meinungsdivergenzen zwischen CDU und SPD öffentlich auszutragen. Vielmehr habe ich mich in einigen privaten Gesprächen bemüht Gemeinsamkeiten und Kompromisse auszuloten. Leider führten diese Gespräche nur zu Diffamierungen meiner Person. „Gespräche unter Vorbedingungen würde man sich nicht diktieren lassen!“ Nur zur Klarstellung: Mir lag und liegt immer sehr viel an Kompromissen. Aber nicht um jeden Preis. Wenn eine Partei mit vier Sitzen im Gemeinderat der

Partei mit 14 Sitzen vorschreiben will, wie der Kompromiss auszusehen hat, dann funktioniert das nicht und ich kann meine Zeit sinnvoller nutzen, als diese Gespräche mit der SPD zu führen!

Gott sei Dank wird im Königskamp endlich gebaut und auch unter der Hausnummer Püning 15 entstehen bald zwei Einfamilienhäuser! Hier hat die SPD mal wieder alles versucht, um Bebauung in Alverskirchen zu verhindern. Nachdem sie im Rat für ihre kruden Ideen (Dem Kreis und dem Bürgermeister wurden Rechtsbruch und Kungelei vorgeworfen!) keine Mehrheit gefunden hat wurde kurzerhand die Initiative für ein „Lebenswertes Alverskirchen“ – gegründet – Unfassbarer Name für eine Initiative die meiner Meinung nach genau das Gegenteil versucht!

Aber hier sind wir genau im Thema.

Im Königskamp sind bis auf drei, alle Grundstücke verkauft. Der Druck für Alverskirchener endlich in Alverskirchen bauen zu dürfen war enorm. Die Konsequenz daraus, war der Run auf die endlich vorhandenen Grundstücke. Die Geschwindigkeit, mit der jetzt die verbliebenen 3 Grundstücke verkauft werden, wird wahrscheinlich abnehmen. Nichts desto trotz halten wir es für sinnvoll und notwendig die Bevölkerungsprognosen nun anzupassen und in die Planungen für einen neuen Abschnitt im Königskamp einzusteigen.

Einstieg bedeutet hier im ersten Schritt: Anpassung der Bevölkerungsprognosen an die aktuellen Zahlen. Denn nur so wissen wir ob und wenn ja, in welcher Größe ein neuer Bauabschnitt in Alverskirchen möglich ist. Die Vorgaben durch den Landesentwicklungsplan, die ich für falsch halte, sind hier sehr eng. Daher bleibt uns nur der kostspielige Weg mit vielen Gutachten alle Auflagen zu erfüllen.

In Everswinkel ist der Druck noch größer. Der Möllenkamp drei ist ausverkauft. Wir müssen auch zukünftig bauwilligen Familien die Chance geben ihr Häuschen in Everswinkel zu bauen. Dazu haben wir im letzten Jahr einen Umlegungsausschuss gebildet, der dies hoffentlich in Everswinkel möglich machen wird. Natürlich arbeiten wir auch weiterhin an der Nachverdichtung im Ort. Nur eine Kombination aus beidem schafft individuelle Möglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger.

In diesem Zusammenhang ist auch die Flüchtlingsunterkunft am Pattkamp zu nennen. Im letzten Jahr hat die Gemeinde aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen in Everswinkel viele Wohnungen auf dem freien Wohnungsmarkt angemietet. Die Konsequenz daraus ist, dass günstiger Wohnraum in Everswinkel zurzeit Mangelware ist. Mehr noch: Einige Flüchtlinge mussten in provisorischen Unterkünften im Gewerbegebiet untergebracht werden. Dies kann und darf keine Dauerlösung sein.

Weiterhin müssen wir für die Zukunft gerüstet sein. Der Bau einer Flüchtlingsunterkunft ist aus diesen Gründen absolut notwendig. Der Eilantrag der Kläger vom Pattkamp wurde abgelehnt. Aus diesem Grund werden wir in naher Zukunft mit den ersten Ausschreibungen zur Errichtung dieser Unterkunft beginnen. Der Haushalt sieht zu diesem Zweck die Aufnahme eines Kredites in Höhe von 2 Mio. € vor.

Diese Unterkunft wird auch den Wohnungsmarkt in Everswinkel entlasten. In dem nächsten neuen Baugebiet wird es weiterhin notwendig sein in einigen Bereichen auch größere Bebauung zu zulassen um auch hier günstigen Wohnraum zu schaffen.

Im Bereich der Planung müssen wir auch an unsere Gewerbegebiete denken. In Everswinkel werden Grundstücke langsam knapp. Eine maßvolle Erweiterung ist auch hier von Nöten, um unseren aber auch auswärtigen Gewerbetreibenden eine mögliche Heimat in Everswinkel zu bieten. Auch in Alverskirchen wäre dies wünschenswert, gerade unter dem aktuellen Gesichtspunkt, dass eine konkrete Anfrage vorliegt. Leider sind uns hier durch den Landesentwicklungsplan die Hände gebunden. An dieser Stelle möchte ich die Verwaltung und insbesondere unseren Bürgermeister bitten, hier alle Möglichkeiten, die sich uns evtl. bieten auszuloten und dann auch gegebenenfalls einzuleiten.

Hier eine Botschaft an die grüne Ratsfraktion:

Wenn Häuser in Münster, Telgte oder Müssingen gebaut werden ist die Fläche ebenso verloren! Ich frage mich, warum und wie es der Natur helfen soll, wenn nur wir keine weiteren Baugebiete und Gewerbegebiete mehr planen oder einfach wie von ihnen gefordert mal zwei Jahre Pause machen!

Eine Konsequenz daraus ist sehr einfach. Junge Everswinkler, die eine Familie gründen wollen oder gegründet haben, werden aus Everswinkel wegziehen und sich woanders ihren Traum vom Eigenheim erfüllen. Dies und das sage ich sehr deutlich ist nicht die Intention der CDU Fraktion.

Nun zu den großen Zahlen im Haushalt.

Mit 1,1 Mio € Minus plant der Bürgermeister das nächste Jahr. Jedes Jahr dezimieren wir inzwischen unser Eigenkapital. Das ist nicht gut. Das ist bedrohlich und das ist besorgniserregend.

Was können wir tun?

Um ein Defizit zu bekämpfen gibt es immer zwei Möglichkeiten. Einnahmen erhöhen – Ausgaben senken.

Werfen wir zuerst einen Blick auf die Einnahmenseite.

Der Großteil unserer Einnahmen ist nicht beeinflussbar, also durch Gesetze vor allem vom Land NRW vorgegeben. Wie vorhin an Beispielen aufgezeigt, stattet unsere Landesregierung uns hier nicht mit genügend Mitteln aus, sondern ganz im Gegenteil nimmt uns sogar zusätzlich etwas weg. Ich nenne hier nur beispielhaft zusätzlich die Solidarumlage, die Krankenhausfinanzierungsumlage und die Schlüsselzuweisungen, die uns schon seit Jahren ärgern, bzw. fehlen.

Einen kleinen Teil der Einnahmen können wir beeinflussen, z.B. Die Grundsteuer A und B. Hier werden wir der geplanten minimalen Erhöhung auf die vorgegebenen Landeshebesätze zustimmen. Wir finden diese beinahe jährliche Erhöhung nicht

gut, weil es immer wieder ein Griff in die Taschen der Bürger ist. Allerdings werden wir als Gemeinde doppelt bestraft, wenn wir es nicht tun, denn Land und Kreis rechnen mit uns immer so ab, als ob wir die Steuern schon erhöht hätten. Das heißt bei Nichterhöhung, bekommen wir nicht nur kein Geld von den Bürgern, sondern wir müssen zusätzlich Geld an das Land abführen! Das können wir uns in unserer derzeitigen Haushaltssituation nicht vorstellen und auch nicht leisten!

Was bedeutet die Erhöhung für den normalen Bürger. Der Besitzer eines kleinen Häuschens wird im kommenden Jahr 5€ mehr an die Gemeinde bezahlen. Wir finden das wie gesagt nicht gut, aber wir finden es vertretbar.

Eine Erhöhung über die fiktiven Hebesätze hinaus, wie es andere Kommunen im Kreis Warendorf machen und was unsere Bürger erheblich belasten würde ist mit uns trotz der prekären Haushaltsituation zum jetzigen Zeitpunkt nicht machbar!

Auch die Gewerbesteuerhebesätze werden wir hier leicht anpassen müssen. Die Erhöhung ist moderat (gerade einmal 0,5%) und müsste von unseren Betrieben wohl gestemmt werden können.

Um auch hier mal wieder einen Vergleich zu haben. Wir als Kommune ringen hier um effektiv 18.000€. Die Erhöhung der Hebesätze liegt im Schnitt etwas über einem Prozent. Das Land erhöht mal eben, ohne das es für die Gemeinde im Vorfeld vorhersehbar war die Beteiligung an der Gewerbesteuer um 10%. Für uns sind das im nächsten Jahr voraussichtlich Mindereinnahmen von 55.000€! Unfassbar!

Ebenso werden wir im nächsten Jahr die Hundesteuer erhöhen. Die ist seit mehr als 12 Jahren nicht mehr angepasst worden. Die Gemeinde hat sich hier vergleichbare Gemeinden angeschaut und wir haben uns hier im guten Mittel positioniert. Auch hier wird kein Bürger mit unverantwortlichen Beträgen zur Kasse gebeten. Es sind bei einem Hund 1€ im Monat mehr und dürfte bei den für einen Hund anfallenden übrigen Kosten von untergeordneter Bedeutung sein.

Man sieht: Einnahmensteigerungen in großem Maße sind nicht geplant bzw. nicht möglich.

Die zweite Möglichkeit ist: Kosten senken. Das ist in unserer Gemeinde nicht ganz einfach, da die meisten Ausgabenpositionen vorgegeben sind. Die größten Positionen sind Kreisumlage, Personalaufwendungen sowie Sach- und Dienstleistungen. Beeinflussen können wir hier nur die letzten beiden Positionen. Hier sind wir mit der Verwaltung und allen Parteien schon seit Jahren im Gespräch um möglichst geringe Kostensteigerungen zu haben. Aber gerade in diesem Jahr schlagen die Lohnerhöhungen durch. Senkungspotential? Nein.

Theoretisch gäbe es bei einigen sogenannten freiwilligen Leistungen der Gemeinde Einsparpotentiale.

Zu nennen wären hier das Vitusbad, das HdG und die Schülerbeförderungskosten. Dass wir das Vitusbad erhalten wollen, haben wir in der letzten Ratssitzung beschlossen. Diese Entscheidung ist richtig und gut. Everswinkel ohne das Vitusbad kann ich mir nicht vorstellen.

Das HdG leistet seit Jahren hervorragende Arbeit. Seine Bedeutung hat seit Beginn der Flüchtlingskrise sogar noch stark zugenommen. Von Sprachkursen für Erwachsene bis zu den Tanzgruppen des HdG in denen inzwischen auch drei Flüchtlingskinder mittanzten. Für die Integration unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist das HdG unverzichtbar. Aber man kann auch hier einfach mal Zahlen nennen. 160.000€ kostet uns das HdG jährlich. Eine, wie ich finde sehr gut angelegte Investition.

Schließlich bliebe noch die Position Schülerbeförderung. Vor einigen Jahren waren das Kosten im sechsstelligen Bereich. Das hat sich in den letzten Jahren allerdings grundlegend geändert. Freiwillige Beförderungskosten fallen hier nur noch für eigene Schüler an, z.B. für Schülerinnen und Schüler aus Alverskirchen, die zur Verbundschule gehen. Hier werden und wollen wir kein Geld einsparen.

Also gibt es auch hier keine Einsparmöglichkeiten.

Konsequenz: An diesen schlechten Zahlen können wir nichts Grundlegendes ändern. Wichtig bleibt: Wir müssen weiterhin attraktiv bleiben! Unsere wichtigsten Einnahmequellen sind die Beteiligungen an der Einkommensteuer und an der Gewerbesteuer. Nur wenn wir als Gemeinde Everswinkel attraktiv sind und sich unsere Einwohner und Gewerbetreibenden hier wohl fühlen sind wir für die Zukunft gerüstet. Über den ein oder anderen neuen Einwohner oder Gewerbetreibenden freuen wir uns natürlich auch.

„Von der Poleposition auf den Letzten Platz seien wir zurückgefallen!“, so Dr. Hamann im letzten Jahr über unsere Verbundschule. Das Gegenteil ist der Fall! Unsere Schulen sind absolut top aufgestellt. Der Fortbestand der Alverskirchener Grundschule wurde durch die Möglichkeit, dass auch Wolbecker und Everswinkler diese Schule besuchen garantiert. 27 Anmeldungen zeigen, dass in Alverskirchen gute Arbeit geleistet wird. In der Everswinkler Grundschule scheint es angesichts der aktuellen Zahlen für drei kleine Eingangsklassen zu reichen.

Unsere Verbundschule ist über die Gemeindegrenzen hinaus bekannt und beliebt. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Ein sehr wichtiger Grund ist in meinen Augen, dass wir in dem Entwicklungsprozess dieser Schule immer alle zusammen an einem Tisch gesessen haben und die Entscheidungen auch gemeinsam getroffen haben. Alle meint hier: Schüler, Eltern, Lehrer, Verwaltung und Politik. Genau das tun wir im Moment wieder. Allerdings sind wir noch in einer Phase des Orientierens. Die Verwaltung eruiert gerade, welche Möglichkeiten es eigentlich gibt, was diese für Konsequenzen nach sich ziehen und ob sie realisierbar sind. Sobald dies geschehen ist, werden wir uns wieder in großer Runde (wie damals bei der Verbundschule!) zusammensetzen und, wenn möglich, einen Weg einschlagen den alle Beteiligten am besten finden. Eine öffentliche Diskussion über unsere super Schule zum jetzigen Zeitpunkt (Also ohne zu wissen was ist alles möglich) schadet mehr als sie hilft.

Gerne nehmen wir für unsere Schulen das Wahlkampfgeschenk „Schule 2020“ in Höhe von 400.000€ über vier Jahre von Rot-Grün an. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Art und Weise schlechtgemacht ist. Wir als Gemeinde werden uns in den nächsten 4 Jahren mit jeweils 100.000€ verschulden. Das bedeutet, dass unsere pro Kopf Verschuldung wächst. Mit der Tilgung und Rückzahlung haben wir allerdings nichts zu tun. Das macht das Land. Hier wird ein

Schattenhaushalt aufgestellt, damit sich das Land nicht noch weiter verschulden muss!

Das Geld selber werden wir vor allem in die Sanierung der Schulen sowie der Schulsportanlagen investieren. Die Gemeinde wird dazu noch ein Konzept vorlegen, welche Maßnahmen sinnvoll sind. Natürlich wäre es hier wünschenswert und normal, dieses Konzept zu erstellen bevor man die Haushaltsmittel einstellt, aber Sie ahnen es...., eine langfristige Planung war der Landesregierung nicht möglich. Das Problem des Sanierungsstaus in den Schulen landesweit ist ja auch ganz neu!

Die Geldmittel aus dem Programm Schule 2020 könnten auch für Investitionen in die Digitalisierung der Schulen genutzt werden. Wir als Gemeinde sind hier dem Land schon einen Schritt voraus. Mit der deutschen Glasfaser haben wir ein Unternehmen das unseren Schulen schnelles Internet ins Haus legt. Zudem profitieren alle Bürgerinnen und Bürger auch davon und haben die Möglichkeit ihr Haus fit für die Zukunft zu machen.

Es ist natürlich richtig an dieser Stelle Mittel bereit zu stellen um im Zuge des Ausbaus auch kleinere oder größere Reparaturen an unserer Infrastruktur vornehmen zu können.

Wir unterstützen in diesem Jahr erstmals die katholischen Kindergärten mit einer Summe von 16.000€. Viele haben davon evtl. schon aus anderen Orten in der Zeitung gelesen. Worum geht es hier? Das Kinderbildungsgesetz KIBIZ, damals noch von der schwarz-gelben Landesregierung verabschiedet, legt ganz grob gesagt fest, wie viel Geld ein Kindergarten pro Kind und Betreuungsstunde bekommt. Dabei wird nicht unterschieden, welche Mitarbeiter/innen ein Kindergarten zur Verfügung hat. D.h. Einrichtungen, die in Everswinkel und Alverskirchen seit vielen Jahren hervorragende Arbeit leisten und dementsprechend langjährige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben werden finanziell nicht ausreichend ausgestattet. Denn Mitarbeiter, die länger für eine Einrichtung tätig sind, verdienen im öffentlichen Dienst nun mal mehr. Das sieht das Kindergartengesetz aber nicht vor. Wer muss einspringen? Die Kommune. Wir machen das, weil uns an unseren Kindern viel liegt. Das Gesetz gehört aber dringend überarbeitet, um diese Ungerechtigkeiten in Zukunft zu vermeiden.

Mein letztes Wort vor meinem Fazit gehört den Bürgern, die in unserer Gemeinde so unverzichtbar sind, den Ehrenamtler! Unzählige Stunden werden hier für die Allgemeinheit geleistet.

Ein besonderer Dank geht in diesem Jahr an die Freiwillige Feuerwehr. Rund um die Uhr springen diese Frauen und Männer auf, wenn der Pieper geht und rasen zur Feuerwehr um zugunsten der Allgemeinheit ihren Dienst zu tun. Ich bin mir sicher, dass wir mit der Investition von 250.000€ in den Fahrzeugbestand hier das richtige Zeichen setzen.

Vielen Dank an ALLE die sich hier vor Ort ehrenamtlich engagieren!

FAZIT:

Der finanzielle Spielraum für uns als Gemeinde Everswinkel wird immer kleiner. Das liegt nicht an uns. Wir als Gemeinde Everswinkel haben in den letzten Jahren immer versucht solide zu wirtschaften. In meinen Augen ist uns das auch gut gelungen. Für eine bessere Finanzausstattung durch das Land gibt es nur einen Weg. Im nächsten Jahr muss die Rot-Grüne Landesregierung endlich weg. Dafür werden wir vor Ort alles tun.

Für unseren Ort werden auch wir als CDU Fraktion alles tun, um ihn fit für die Zukunft zu machen. Das heißt:

1. Neue Baugebiete in Everswinkel und wenn möglich auch in Alverskirchen
2. Erweitern der Gewerbegebiete
3. Zukunft der Verbundschule, wenn möglich zur Zufriedenheit aller, sichern
4. Bau einer Flüchtlingsunterkunft am Pattkamp
5. Weitere Unterstützung des Ehrenamtes

Daher stimmen wir dem diesjährigen Haushalt aus Überzeugung zu!

Bevor ich mich jetzt wieder hinsetze, möchte ich noch die Gelegenheit nutzen mich beim Bürgermeister und vor allem bei allen Mitarbeitern der Verwaltung zu bedanken. Die Zusammenarbeit im letzten Jahr kann ich nur als außerordentlich gut bezeichnen. Bei neuen Entwicklungen wurde immer schnell und unbürokratisch informiert und geholfen. Die Gespräche waren immer freundlich und problemorientiert.

Vielen Dank dafür!

Und an Sie alle:

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.